

Victor Umbrichts Goodwill-Tour

Weltpolitische Umschau

Riehener-Zeitung

Einmal mehr hat UN-Generalsekretär Waldheim die guten Dienste des in Riehen wohnhaften Dr. Victor Umbricht, Mitglied des Verwaltungsrates der Ciba-Geigy AG, in Anspruch genommen und ihn mit einer heiklen Mission in Ostafrika betraut, um dort im Auftrag der Vereinten Nationen und der Weltbank neue und zusätzliche Formen der Zusammenarbeit zwischen den drei in der «Ostafrikanischen Gemeinschaft» zusammengeschlossenen Staaten Tansania, Kenya und Uganda zu suchen und vorzuschlagen. Die Schwierigkeiten liegen vor allem auf wirtschaftlichem Gebiet. Victor Umbricht, der zuvor — ebenfalls als Sonderbeauftragter Waldheims in Vietnam weilte — ist am vergangenen Mittwoch nach Ostafrika geflogen. Er rechnet damit, dass sich seine Mission über ein Jahr erstrecken wird.

Nahost-Verhandlungen in Jerusalem

Am Dienstag haben in Jerusalem die Nahost-Verhandlungen zwischen Israel und Aegypten auf Aussenministerebene begonnen. Der amerikanische Aussenminister Vance wird dabei möglicherweise eine wichtige Rolle spielen.

Die Vorbereitungen für den Beginn der politischen Verhandlungen zwischen Aegypten und Israel mit dem Ziel einer dauerhaften Nahost-Friedensregelung erstreckten sich in Jerusalem bis spät Montag abend. Der am Montag nachmittag in Jerusalem eingetroffene amerikanische Aussenminister Vance hatte eine anderthalbstündige Unterredung mit dem israelischen Ministerpräsidenten Begin. Begin zufolge sind die Gespräche «fruchtbar» verlaufen. Der amerikanische Aussenminister habe ihm eine Botschaft von Präsident Carter überbracht. Begin bezeichnete sie als die «herzlichste, die ich je von Carter erhalten habe».

Israel hat energisch in Abrede gestellt, dass es einer Aufgabe der israelischen Siedlungen im Sinaigebiet zugestimmt habe. Wie von israelischer Seite verlautet, sei das Gegenteil der Fall.

Somalia spricht von drohender Invasion

Somalia drohe die unmittelbare Gefahr einer Invasion, erklärte der somalische Staatschef Siyad Barre in Mogadisciu. Barre teilte den Botschaftern von fünf westlichen Staaten mit, die Sowjetunion und ihre Verbündeten würden Aethiopien bei dem Vorhaben unterstützen, eine Invasion Somalis durchzuführen.

Dem somalischen Staatschef zufolge soll die Sowjetunion in den vergangenen Wochen dem äthiopischen Militärregime hochmoderne Waffen zur Verfügung gestellt haben. Das Kriegsggerät werde von Kubanern, Tschechoslowaken, DDR-Deutschen, Ungarn und Angehörigen anderer Sowjetblock-Staaten bedient.

Italienischer Staatspräsident konsultiert Parteien

Nach dem Rücktritt des christdemokratischen Minderheitskabinetts Andreotti hat der italienische Staatspräsident, Leone, Konsultationen mit den politischen Parteien über eine Regierungsneubildung aufgenommen. In Rom wird nicht ausgeschlossen, dass Andreotti abermals mit der Regierungsbildung beauftragt wird. Die Sozialisten und Republikaner hatten Andreotti ihre parlamentarische Unterstützung entzogen, nachdem

es die Christdemokraten abgelehnt hatten, Kommunisten in das Kabinett aufzunehmen.

Bonn protestiert

Die deutsche Bundesregierung hat energisch dagegen protestiert, dass die DDR dem Vorsitzenden der Christlich-Demokratischen Union (CDU), Helmut Kohl, am vergangenen Sonntag die Einreise nach Ost-Berlin verweigerte.

Staatsminister Winschnewski, der den Ständigen DDR-Vertreter in der Bundesrepublik Deutschland, Michael Kohl, ins Bundeskanzleramt in Bonn zitierte, nannte das Verhalten der Ost-Berliner Behörden einen «Willkürakt» und eine «Verletzung vertraglicher Vereinbarungen». Zuvor hatte bereits der Bonner Ständige Vertreter in der DDR, Staatssekretär Gaus, im Ost-Berliner Aussenministerium einen Protest übergeben.

In beiden Fällen hat die DDR die Proteste zurückgewiesen, ohne dafür, wie in Bonn verlautete, eine akzeptable Begründung gegeben zu haben.

Inzwischen haben die DDR-Behörden an der Berliner Sektorengrenze erneut zwei Abgeordneten des Deutschen Bundestages die Einreise in den Ostteil der Stadt verweigert. Den beiden Mitgliedern der CDU-Bundestagsfraktion wurde ebenfalls erklärt, ihre Einreise sei derzeit nicht erwünscht.

Kekkonen bestätigt

In Finnland ist Kekkonen bei den Präsidentschaftswahlen für weitere sechs Jahren in seinem Amt bestätigt worden.

Kekkonen bekleidet das Amt des finnischen Staatsoberhauptes seit 22 Jahren. Zwei Wochen nach der offiziellen Bestätigung der Wahl wird Kekkonen am 1. März vereidigt werden. Kekkonen hat mehr als 85 Prozent der allgemeinen Wählerstimmen auf sich vereinigen können. Ausserdem genießt er eine überwältigende Unterstützung im Gremium der dreihundert Wahlmänner. Von den vier weiteren Kandidaten für das Amt des Staatspräsidenten konnte der nächstfolgende nur wenig über acht Prozent der Stimmen gewinnen.

Gefahr für die französische Regierungsmehrheit

Der französische Staatspräsident Giscard d'Estaing hat sich nun selber in die Vorbereitung der Parlamentswahlen vom 12. und 19. März eingeschaltet: Am 16. Januar hat er achtzig führende Regierungs- und Parteileute seiner Mehrheit um sich versammelt und sie beschworen, ihre Reihen enger zu schliessen und sich nicht «selbstmörderischen» Rivalitäten und Kämpfen zu ergeben. Er selber, der Präsident, wird demnächst in einer Volksansprache die Stimmbürger aufrufen, für die gute Sache, das heisst für die Regierungsparteien, zu stimmen. Ob sie das mehrheitlich auch tun werden, ist wiederum fraglich geworden. Während die Meinungsumfragen den Bürgerlichen ein düsteres Bild der Zukunft offenbarte, vergeuden deren Parteien ihre Kräfte in einem hartnäckigen und gehässigen Kleinkrieg, der ihre ohnehin prekären Chancen zusätzlich schmälert.

Der Pariser «Figaro» ist am 17. Januar mit dem Ergebnis einer neuen, umfangreichen Meinungsumfrage herausgerückt, aus der hervorgeht, dass heute 51 Prozent der Stimmbürger für die Linksparteien zu stimmen bereit sind, gegenüber nur 50 Prozent im Dezember.

20. Jan. 1978